

abwesend:

Mitglieder

Herr Robert Burdy

entschuldigt|Beruf

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

I. Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Schütze eröffnet die 8. Sitzung des Stadtrates und begrüßt die anwesenden Mitglieder sowie Gäste. Er stellt fest, dass von den 23 Mitgliedern (22 Stadträte und OBM) zu Beginn der Sitzung 22 anwesend sind. Damit ist der Stadtrat mit 22 stimmberechtigten Mitgliedern (21 Stadträte und OBM) beschlussfähig.

Für die Unterzeichnung der Niederschrift werden die Fraktionen CDU/FDP und DIE LINKE bestimmt.

Herr Schütze verliest § 39 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen:
„Der Gemeinderat kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen. Eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitgliedes gilt als geheilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht. Die Mitglieder des Gemeinderates sind hierauf zu Beginn der Sitzung hinzuweisen.“

Es gibt keine Einwände.

2. Protokollkontrolle

Die Niederschriften über die Sitzungen des Stadtrates am 18.09.2024, 15.01.2025 und 12.02.2025 befinden sich in der Unterschriftsrunde.

Die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 16.10.2024 wurden vom Vorsitzenden und den Vertretern der Fraktionen unterzeichnet. Einwände wurden nicht gemacht.

3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung und Eilentscheidungen nach § 52 Abs. 4 SächsGemO

Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 12.02.2025:

Keine

Eilentscheidungen des OBM:

Keine

4. Allgemeine Informationen

- Amt für Soziales und Bildung seit 18.03.2025 im Stadthaus (Erdgeschoss und 1. Obergeschoss)
- S-Bahn-Verkehr: Wegfall einer von drei Linien ab Dezember 2025, zunächst für ein Jahr → Stadt Markkleeberg hat Widerspruch eingelegt – Antwort steht noch aus, Zweckverband werde angeschrieben und um schriftliche Stellungnahme gebeten

5. Bürgerfragestunde nach § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung

Frau Hübner möchte zur geplanten Parkplatzerweiterung am Cospudener See wissen:

1. Warum wird in Kauf genommen, dass noch mehr Verkehr, Lärm und Luftverschmutzung entstehen? Warum werden den Anwohnern die zusätzlichen Verkehrsbelastungen zugemutet?
2. Warum soll das Gebiet so dermaßen überlastet werden und noch mehr Touristen anlocken? Ein zu viel mache unattraktiv.
3. Warum werden in Zeiten des spürbaren Klimawandels und dessen Folgen die CO₂-Speicherung des Waldes und Waldbodens so gering geachtet? Die geplanten Ersatzpflanzungen, die nicht in Markkleeberg stattfinden, seien kein Ersatz für die ökologische Leistung von 40-jährigen Bäumen und dem Waldboden.

Herr Schütze verweist auf seine Ausführungen zu dem Thema unter TOP 6 der heutigen Sitzung. Die angesprochenen Themen werden nicht über den Flächennutzungsplan (FNP), sondern im Rahmen des weiteren Bebauungsplanverfahrens entschieden. Das Thema müsse komplex betrachtet werden. Es ginge um eine Neuorganisation der Verkehre für eine Entlastung der Hafenstraße und des Hafensbereiches.

Frau Englert fragt zum geplanten Großparkplatz, ob es Überlegungen bzw. Pläne für die Müll- und Sanitärstrategie gäbe. Sämtliche Parkplätze rund um den Cospudener See werden als wilde Campingplätze mit entsprechenden Trampelpfaden genutzt. Herr Schütze erklärt, die derzeit bestehenden Parkplätze werden von der Entwicklungsgesellschaft für Gewerbe und Wohnen mbH (EGW) bewirtschaftet. Die Einnahmen durch Parkplatzgebühren fließen vollständig in die Bewirtschaftung der Seen, beispielsweise in die Reinigung der Strände.

Herr Franz merkt an, am nördlichen Equipagenweg gebe es viel Radverkehr und fragt, warum im Bereich zwischen der Unterführung und dem Wolfswinkel keinerlei Radverkehr berücksichtigt wurde. Es gebe kein Radweg, keine Radlinie, sondern nur Parkbuchten. Er möchte wissen, welchen Stellenwert der Radverkehr in Markkleeberg habe. Diese Strecke sei im verabschiedeten Radverkehrskonzept als innergemeindliche Radhauptverbindung vorgesehen. Herr Schütze erläutert, die Frage wurde in den vergangenen Jahren, auch in der Rad-Arbeitsgemeinschaft, intensiv diskutiert. Es war Wunsch, eine Fahrradstraße einzurichten, bei der die Radfahrer Vorfahrt haben. Es wurde mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC), der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde beraten. Aus rechtlichen Gründen sei die Variante nicht möglich und wurde daher verworfen. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei Markkleeberg in Bezug auf den Ausbau der Radstrecken sehr vorbildlich. Auf Nachfrage von Herrn Franz nach den rechtlichen Gründen erklärt Herr Schütze, dass eine Fahrradstraße wegen des angrenzenden Gewerbegebietes und der Kläranlage zu gefährlich sei. Eine Erschließungsstraße zu einem Gewerbegebiet könne aus rechtlichen Gründen nicht zur Fahrradstraße gemacht werden. Die Empfehlungen von Fahrradexperten sei ein weiterer Grund, sich gegen eine Fahrradstraße auszusprechen.

Das Gewerbegebiet habe viele Zufahrten und jede dieser Zufahrten erhöhe das Unfallrisiko. Herr Franz merkt an, laut FNP sei kein Gewerbegebiet ausgewiesen. Es handele sich um Misch- und Wohngebiet.

**6. Beschluss über die Abwägung der Anregungen zum Entwurf der komplexen Fortschreibung des Flächennutzungsplanes der Stadt Marktleeburg vom Dezember 2023
Vorlage: 200/2024**

Herr Schütze erläutert zum Abwägungsprotokoll:

- Fortschreibung eines FNP aufwendiger Prozess
- in Marktleeburg bisher über drei Wahlperioden des Stadtrates
- 19.12.2018 Beschluss zur Fortschreibung - einstimmig
- 10.11.2021 Freigabe des Vorentwurfes – einstimmig
- 20.12.2023 Entwurf des FNP zur Offenlage freigegeben – mehrheitlich dafür
- nach Aufstellungsbeschluss Vorentwurf auf Basis der Vorschläge der Verwaltung erarbeitet → vier Abstimmungsrunden,
- im Anschluss frühzeitige Bürgerbeteiligung,
- Hinweise und Anregungen aus Bürgerbeteiligung in Erarbeitung des Entwurfes eingeflossen → erneut drei Abstimmungsrunden,
- Offenlegung des Entwurfes → drei Abstimmungsrunden → heutige Sitzung: Abwägung der Anregungen zum Entwurf,
- bisher 19 Stunden Vorberatungen, aktuelle Vorlage in sieben Stunden vorberaten,
- bei Erarbeitung des Vorentwurfes und Entwurfes auf Datenblätter zurückgegriffen, - 27 Datenblätter von Verwaltung erstellt + weitere Blätter mit nachrichtlicher Übernahme,
- mit Datenblättern wurden Stadträte über derzeitige Nutzung, Abwägungserfordernis, Vorgaben der übergeordneten Planung, Vorschläge der Verwaltung informiert → alle Stadträte haben Einwendungen im Wortlaut erhalten,
- beim Vorentwurf 34 Stellungnahmen von Behörden und Trägern öffentlicher Belange, beim Entwurf 31 Stellungnahmen,
- aus Öffentlichkeit beim Vorentwurf 103 und beim Entwurf 54 Stellungnahmen,
- Stellungnahmen in Form von Mails, Briefen, Postkartenaktionen, Kinderzeichnungen von 1.122 Personen,
- FNP: vorbereitender Bauleitplan, der Art der Bodennutzung in ihren Grundzügen darstellt,
- verbindliche Bodennutzung nur vorbereitend, nicht regelnd → keine unmittelbare Rechtswirkung gegenüber Dritten, keine direkte Auswirkung auf Bürger,
- WICHTIG: z.B. Darstellung einer bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche als Wohnbaufläche → noch kein Baurecht für Eigentümer der Baufläche,
- Planungsabsichten der Stadt werden für die nächsten 10-15 Jahre formuliert, ohne Verbindlichkeit,
- Bebauungspläne formulieren Verbindlichkeiten → Konkretisierung des FNP, ob und wie Grundstücke bebaut werden dürfen,
- Bauleitplan werde als Ortsrecht über eine Satzung beschlossen,
- Marktleeburg 2003 einer der ersten Kommunen mit FNP,
- zur Hafenstraße: im Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanverfahren viele Varianten diskutiert,

- im Technischen Ausschuss am 15.08.2023 in öffentlicher Sitzung die Variante ebenerdiger Parkplatz ohne genaue Stellplatzanzahl als Grundlage für die weitere Erarbeitung des Bebauungsplanes an der Hafestraße beschlossen – einstimmig
- Größe entspricht Fläche des Ergebnisses des Zielabweichungsverfahrens,
- konkrete Zahl der Stellflächen und Größe der tatsächlichen Fläche werde im weiteren Bebauungsplan zu entscheiden sein,
- vor Weiterberatung über B-Plan Hafestraße – Erarbeitung eines Konzeptes für eine Bürgerbeteiligung,
- stets im engen Austausch mit Kommunalaufsicht → rechtliche Absicherung.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Fritzsche:

- FNP für ehrenamtliche Stadträte Kraftakt,
- langer Zeitraum, Corona, viele Anregungen,
- im gesamten Verfahren bemüht, Kompromisse zu finden → erfolgreich,
- in Gesamtbetrachtung und vor Hintergrund der Funktion eines FNP trägt Fraktion die gefundenen Lösungen mehrheitlich mit,
- Dank an Stadtverwaltung und Stadtrat.

Frau Stadträtin Stachura:

- zukunftsweisende und grundlegende Bedeutung eines FNP sei bewusst,
- überrascht, dass der direkte Dialog mit den Bürgern ausgeblieben ist,
- im Rahmen einer Einwohnerversammlung hätten Planungen diskutiert werden können,
- Ausweisung von Wohnbaugebieten in Außenbereichen → Außenbereiche bedürfen immer einer besonderen Güterabwägung,
- es fehlen nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen und detaillierte Darstellungen, wo und wie die Stadt Markkleeberg freie Potenziale in der Innenraumverdichtung geprüft habe,
- es werde von der Stadt lediglich auf das nachgeordnete B-Planverfahren oder auf übergeordnete rechtliche Vorgaben verwiesen,
- die Stadt selber habe einen Antrag auf Verkleinerung des Grünzugs 58 im Rahmen der Regionalplanfortschreibung gestellt → Voraussetzung einer möglichen Bebauung geschaffen,
- Frage: hätte der Antrag ohne Beteiligung des Stadtrates gestellt werden dürfen?
- Zusammenstellung in Beschlussblöcken – ermöglichen keine sinnvollen Abwägungen zu Gebieten des FNP

Herr Stadtrat Müller:

- schließt sich den Äußerungen von Herrn Stadtrat Fritzsche an

Herr Stadtrat Dr. Peukert:

- Kritik an Inhalt, Verlauf des Verfahrens,
- Absicht der Stadtverwaltung, Wald zu opfern um Parkplätze in der Hafestraße zu errichten, wird entschieden abgelehnt,
- die Mittel, welche für Waldumwandlung und Parkplätze verwendet werden, sollten in Ausbau von Radwegen und ÖPNV investiert werden,
- Ablehnung des Vorhabens zur Wohnbebauung in Wachau, wertvolle Ackerfläche gehe verloren,
- der Wohnungsbau sei nach aktuellen Bevölkerungszahlen und deren prognostizierte Entwicklung nicht notwendig,
- die Aussage, der FNP sei nicht rechtsverbindlich, weise die Fraktion zurück → der FNP vermittele rechtliche Vorgreiflichkeit,

- Bitte um Alternative zum geplanten Parkplatz in der Hafestraße,
- Möglichkeiten der stärkeren Beteiligung über Bürgerversammlungen wurden nicht genutzt,
- kaum ein Einwand habe zu Änderungen geführt, obwohl gerechtfertigt und gut begründet,
- Folge: viele engagierte Bürger werden sich an folgenden FNP nicht beteiligen,
- Abwägung sei nur ordnungsgemäß, wenn das gesamte Abwägungsmaterial einbezogen werde, anderenfalls läge ein Abwägungsdefizit vor,
- Gewichtung der Belange müsse transparent und nachvollziehbar sein,
- Begründung zur Flächenausweisung stütze sich auf Zahlen des Forschungsprojektes InterKo2 – Grundlagen, Details liegen den Stadträten nicht vor,
- Stadt habe wesentliche Informationen trotz Nachfrage mehrfach nicht geliefert,
- Umgang mit konkreten Vorschlägen zum Parkplatz Hafestraße sei problematisch,
- er gehe davon aus, dass die Abwägung in dieser Form nicht korrekt ablaufe,
- es bestehe ein erhebliches Risiko, dass der FNP als Ganzes nicht rechtskräftig wird → Folge: erneute, zeitintensive Befassung mit FNP,
- vorangegangener Vorschlag der Fraktionen, betreffende Flächen aus dem FNP auszuklammern und nach Ausräumen der Kritikpunkte wieder einzuschließen, wurde durch die Verwaltung und Herrn Schütze abgelehnt,

Herr Stadtrat Marx:

- inhaltlich schließe er sich Herrn Stadtrat Fritzsche an,
- er finde es schade, dass die intensive Arbeit in den Diskussionen durch die Außenwirkung konterkariert werde,

zu 34 | 63.1 bis 63.3

Herr Stadtrat Dr. Peukert merkt an, ein Bürger habe einen Einwand und einen Vorschlag gemacht, wie das mit dem Parkplatz durch andere Markierungen oder andere FNP anders gestaltet werden könnte. Diese Variante wurde durch die Stadt Markkleeberg nicht geprüft bzw. habe sie, falls geprüft wurde, das Ergebnis nicht als Variante beigelegt. Somit könne er die Abwägung nicht tätigen, da er die Variante nicht kenne. Er schlägt vor, diesen Punkt jetzt nicht abzustimmen, auf die Variante zu warten und zu einem späteren Zeitpunkt darüber abzustimmen. Herr Schütze weist darauf hin, es werde über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt. Der Vorschlag sei fett gedruckt in der rechten Spalte hervorgehoben.

zu 37 | 66.1

Herr Stadtrat Dr. Peukert moniert, dass die Variante mit dem Schrägparken nicht untersucht wurde. Insofern könne er nicht darüber abstimmen. Herr Schütze merkt an, das regle nicht der FNP.

zu 40 | 70.1 bis 70.24

Herr Stadtrat Dr. Peukert erklärt, die Neuausweisung von Wohnbauflächen begründete die Stadtverwaltung im Vorentwurf mit einem vermeintlichen Bevölkerungswachstum. Dies wurde von Trägern öffentlicher Belange stark kritisiert und angezweifelt. Die Geburtenzahlen in Markkleeberg seien stark eingebrochen, der Neubau einer Kindertagesstätte aus diesem Grund gestoppt. Im FNP-Entwurf begründe die Stadt Markkleeberg die Neuausweisung mit Berechnungen aus dem Forschungsprojekt InterKo2, welches 2023 endete. Mittels einer Vielzahl von Parametern und Annahmen, u. a. Bevölkerungsprognosen, strukturellen Faktoren, politischen Wünschen und Leerständen berechnet InterKo2 ortsgenau Szenarien des Wohnbauflächenbedarfes bis 2030. Es werde den Stadträten und Bürgern eine Zahl vorgelegt, die besagt, es müssen Wohnbauflächen ausgewiesen werden.

Für eine ordentliche Abwägung benötige Herr Stadtrat Dr. Peukert mehr Informationen zu InterKo2 - welche Annahmen wurden getroffen, welche Bevölkerungsprognose sei in die Zahlen eingeflossen, welches Wirtschaftswachstum wurde für die Region zugrunde gelegt. Es sei davon auszugehen, dass InterKo2 mit alten Zahlen operiert hat. Werden die Modelle von InterKo2 mit aktuellen Zahlen berechnet, werde sich sehr wahrscheinlich kein zusätzlicher Flächenbedarf für Markkleeberg ergeben. Damit sei die Neuausweisung im Außenbereich, auf Äckern und Wiesen, vielleicht nicht notwendig. Im August 2023 teilte die Stadt Markkleeberg ihm mit, dass die Zahlen nicht vorliegen würden. Die Stadt sei von Seiten des Landkreises motiviert worden, ihre Begründung mit InterKo2 zu gestalten. Herr Stadtrat Dr. Peukert habe Projektbeteiligte von InterKo2 angeschrieben und keine Antwort erhalten. Eine Kollegin vom regionalen Planungsverband habe ihm bestätigt, dass der Landkreis Praxispartner bei InterKo2 war. Das Projekt sei abgeschlossen und dem Planungsverband liege die Berechnungsgrundlagen ebenfalls nicht vor. Eventuell rechne man für Ende des zweiten Quartals 2025 damit, ein Werkzeug zu erhalten, mit dem die Annahmen und Grundlagen von Berechnungen nachvollzogen werden könnten. Er schlägt vor, bis dahin zu warten. Das Abwägungsmaterial sei offensichtlich unvollständig und eine Abwägung für Herrn Stadtrat Dr. Peukert nicht möglich. Wenn heute darüber abgestimmt werde, entstehe ein Abwägungsdefizit, dass das Risiko eines unwirksamen FNP beinhalte. Rechtliche Schritte von Stadträten und ihm seien nicht ausgeschlossen. Letztlich gehe es im InterKo2-Projekt nicht um Markkleeberg, sondern um die Verteilung von potenziellen Zuwächsen in der Region. In einer fairen Abwägung sollten in jedem Fall einbezogen werden, wie viel Fläche in Markkleeberg in den letzten 20 Jahren ausgewiesen wurde. Er bittet dringend darum, in diesem Punkt die Abwägung der Stadt abzulehnen, auf die Zahlen von InterKo2 zu warten und danach erneut zu beraten.

Herr Schütze erwidert, die Verwaltungen in der Region seien angehalten, ihre Stellungnahmen und Begründungen auf Basis der InterKo2 abzugeben. Im Januar 2025 sei das zuletzt Thema bei einer Bürgermeister-Klausurtagung gewesen. Das Modell InterKo2 wurden bei den Begründungen zum Entwurf verwendet und es wurde von Trägern öffentlicher Belange nicht beanstandet, sondern akzeptiert. Im Vorentwurf sollten Begründungen besser dargelegt werden, was auch erfolgt. Vom regionalen Planungsverband wurde es nicht beanstandet. Dieser sei der Argumentation der Verwaltung gefolgt.

Herr Stadtrat Marx merkt an, in den Beratungen sei die Verdichtung der vorhandenen Stadtgebiete Thema gewesen. Wenn InterKo2 und das Schwinden der Geburtenrate herangezogen werden, sei das in gewisser Weise unlauter. Das Schwinden der Geburtenrate habe etwas mit der sozialen, demografischen Zusammensetzung zu tun. Starke Einfamilienhausbestandteile, die eben in Bezug auf neue Geburten steril werden, bis die nächste Generation nachrückt oder die Eigentümer verkaufen. Wenn die Geburtenzahlen steigen, werde neuer Wohnraum benötigt.

Herr Stadtrat Bothe verweist auf eine Pressemitteilung vom 18. Februar 2025, aus welchem ein Zuwachs von plötzlich ca. 1.000 Einwohnern hervorgehe. Wenn man nur die Geburtenzahlen zugrunde legen würde, wäre es eine Verkürzung. Es müssen alle Perspektiven und Faktoren einfließen. Der Zuzug sei ein wesentlicher Faktor und seiner Meinung nach überwiege dieser dem Faktor Geburtenrate. Markkleeberg brauche Bebauung für die Entwicklung der Stadt.

Herr Stadtrat Dr. Winne dankt den Herren Stadtrat Marx und Bothe für deren Ausführungen. Er merkt an, es wurde sich in den Abwägungen und Diskussionen verständigt, perspektivisch der Stadt ein moderates und vernünftiges Wachstum durch den FNP zu ermöglichen. Es seien viele Kompromisse von allen Seiten eingeflossen, um das den folgenden Stadträten in den künftigen Legislaturperioden zu ermöglichen.

Wenn Herr Stadtrat Dr. Peukert anbringe, dass Kitas geschlossen werden müssen oder Unterbesetzung herrsche, müsse er sich die Bevölkerungsstruktur anschauen. Die meisten Bürger seien hergezogen, haben Kinder, die Kinder seien zwischenzeitlich groß und nun sitze man zu zweit oder allein in den Häusern. Das sei das Hauptproblem, warum die Kitas keinen Nachwuchs haben. Bevölkerungsprognosen heranzuziehen, die so lokal getroffen werden, weil kein Zuzug da sei, sei ein Fehler.

Herr Stadtrat Dr. Peukert erklärt, man könne zu dem Thema, ob Markkleeberg wachsen solle oder nicht, unterschiedlicher Meinung sein. Er akzeptiere das absolut. Ihm ginge es um den Fakt, dass die Informationen, die die Stadt gegeben habe, nicht ausreichen, um ordentlich bewerten zu können. Es sei keine rein politische Entscheidung, sondern eine Abwägung zwischen verschiedenen Varianten. Wenn er in der Abwägung die InterCo2-Zahlen nicht habe, sei es ein Defizit.

Frau Stadträtin Stachura ergänzt, ihr als neue Stadträtin wurde die Innenraumverdichtung nicht vorgelegt. Sie konnte bisher nicht abschätzen, welche Standorte geprüft wurden. Bezüglich der Bedarfsanalyse habe sie kein Problem, über Wachstum zu reden. Ihre Entscheidungen basieren auf Zahlen und Auswertungen und nicht auf Spekulationen.

Herr Stadtrat Marx ergänzt, zu DDR-Zeit habe man es als gesellschaftliche Aufgabe angesehen, die Lebensbedingungen anzugleichen. Firma haben sich über das Land verteilt und man hat die zum Teil ineffizientere Produktion in Kauf genommen. Qualifizierte Arbeitsplätze entstünden seit mehr als zehn Jahren ausschließlich in den Groß- und Mittelstädten. Der Trend werde weiter anhalten und das sei die Quelle des Zuzuges und demografische Perspektive.

zu 57 | 89.1 bis 89.17

Herr Stadtrat Dr. Peukert merkt an, auch hier sei die InterKo2-Begründung enthalten und das sei problematisch.

zu 61 | 94.1 bis 94.43

Herr Stadtrat Dr. Peukert äußert Kritik, dass keine Maßnahmen ergriffen wurden, um Kinder und Jugendliche in die Erstellung des FNP einzubeziehen. Er könne sich an keine Maßnahme erinnern. Das sei ein Makel des FNP.

zu 62 | 95.1 bis 95.63

Herr Stadtrat Haendel nimmt aufgrund Befangenheit an der Beratung und der Abstimmung nicht teil. Damit ist der Stadtrat mit 21 stimmberechtigten Mitgliedern (20 Stadträten + OBM) beschlussfähig.

Herr Stadtrat Haendel bittet darum, dass dagegen ein formaler Protest zu Protokoll genommen wird. Herr Schütze weist darauf hin, dass im Vorfeld durch die Kommunalaufsicht der Sachverhalt geprüft und bestätigt wurde, dass die Vorgehensweise korrekt sei.

Herr Stadtrat Dr. Peukert weist wieder auf das Thema InterKo2 und erklärt, dass ihm die Informationen fehlen, um abwägen zu können.

zu 63 | 96.1 bis 96.26

Herr Stadtrat Haendel nimmt wieder an der Beratung teil. Frau Stadträtin Stachura nimmt aufgrund Befangenheit an der Beratung und Abstimmung nicht teil. Damit ist der Stadtrat mit 21 stimmberechtigten Mitgliedern (20 Stadträte + OBM) beschlussfähig.

Frau Stadträtin Stachura nimmt aufgrund Befangenheit an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Frau Stadträtin Stachura bittet darum, dass dagegen ein formaler Protest zu Protokoll genommen wird.

Frau Stadträtin Stachura nimmt wieder an der Beratung teil. Damit ist der Stadtrat mit 22 stimmberechtigten Mitgliedern (21 Stadträten + OBM) beschlussfähig.

Herr Stadtrat Haendel erklärt, Herr Schütze habe eingangs erwähnt, wie lange an dem FNP bisher gearbeitet wurde. Er dankt allen mitwirkenden Stadträten. Er möchte durch seine Ablehnung oder Kritik an den inhaltlichen Punkten des FNP die bisherige in keiner Weise herabwürdigen. Er sei mit dem Gesamtergebnis nicht zufrieden. Er schließe sich in vielen Punkten den Ausführungen von Herrn Stadtrat Dr. Peukert an, dass ein Flächennutzungsplan vorgelegt wurde, der nicht rechtssicher sei. Daher werde er diesem nicht zustimmen. Außerdem hebt Herr Stadtrat Haendel hervor, der Aufstellungsbeschluss wurde einstimmig gefasst, im Vorentwurf sei die Zustimmung nicht mehr einstimmig gewesen und im Entwurf war das Abstimmungsverhalten noch negativer. Er gehe davon aus, dass sich der Trend zur heutigen Abstimmung fortsetze. Der Flächennutzungsplan sei ein langfristiges Instrument der Stadtentwicklung. Er soll 15 Jahre getragen werden. Bei der momentanen kommunalpolitischen Entwicklung könne davon ausgegangen werden, dass dieser FNP die Zeitspanne nicht überlebt.

Herr Stadtrat Dr. Winne merkt an, der bisherige Prozess war sehr konstruktiv. Warum das heute medien- bzw. öffentlichkeitswirksam in Zweifel gezogen werde, verstehe er nicht. Er regt an, die vielen, auch tiefgreifenden Anregungen der Bürger später in die Diskussionen der entsprechenden Bebauungspläne mitzunehmen. Herr Schütze nimmt den Wunsch auf und erklärt, das werde definitiv eine Rolle spielen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Abwägung der Anregungen und Bedenken, die nach § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf der komplexen Fortschreibung des Flächennutzungsplans der Stadt Markkleeberg vom Dezember 2023 und der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht geäußert wurden, wie folgt:

- 1) Anregungen Nummer 1.1 bis 1.14 des Abwägungsprotokolls
Landesdirektion Sachsen

- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 16 nein: 6 Enthaltungen: 0

- 2) Anregungen Nummer 2.1 bis 2.68 des Abwägungsprotokolls
Landratsamt Landkreis Leipzig

- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 16 nein: 6 Enthaltungen: 0

- 3) Anregungen Nummer 3.1 bis 3.7 des Abwägungsprotokolls
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen

- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 16 nein: 5 Enthaltungen: 1

- 4) Anregungen Nummer 4.1 bis 4.37 des Abwägungsprotokolls
Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 18 nein: 4 Enthaltungen: 0

- 5) Anregungen Nummer 7.1 bis 7.10 des Abwägungsprotokolls
Sächsisches Oberbergamt
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 20 nein: 0 Enthaltungen: 2
- 6) Anregungen Nummer 8.1 bis 8.27 des Abwägungsprotokolls
Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 7) Anregungen Nummer 9.1 bis 9.3 des Abwägungsprotokolls
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 8) Anregungen Nummer 11.1 bis 11.4 des Abwägungsprotokolls
Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 20 nein: 2 Enthaltungen: 0
- 9) Anregungen Nummer 12.1 bis 12.5 des Abwägungsprotokolls
Sächsisches Landesamt für Straßenbau und Verkehr
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 10) Anregungen Nummer 15.1 bis 15.14 des Abwägungsprotokolls
Deutsche Bahn AG
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 11) Anregungen Nummer 16.1 und 16.2 des Abwägungsprotokolls
Industrie- und Handelskammer zu Leipzig
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 12) Anregungen Nummer 23.1 bis 23.10 des Abwägungsprotokolls
Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 19 nein: 3 Enthaltungen: 0
- 13) Anregungen Nummer 25.1 bis 25.4 des Abwägungsprotokolls
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 20 nein: 2 Enthaltungen: 0
- 14) Anregungen Nummer 26.1 bis 26.33 des Abwägungsprotokolls
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 16 nein: 6 Enthaltungen: 0

- 15) Anregungen Nummer 29.1 bis 29.3 des Abwägungsprotokolls
Deutsche Telekom Technik GmbH
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 16) Anregung Nummer 31.1 des Abwägungsprotokolls
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 17) Anregungen Nummer 32.1 bis 32.8 des Abwägungsprotokolls
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 18) Anregungen Nummer 33.1 bis 33.8 des Abwägungsprotokolls
Zweckverband Kommunales Forum – Südraum Leipzig
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 20 nein: 1 Enthaltungen: 1
- 19) Anregungen Nummer 35.1 bis 35.52 des Abwägungsprotokolls
Stadt Leipzig
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 15 nein: 7 Enthaltungen: 0
- 20) Anregungen Nummer 36.1 bis 36.3 des Abwägungsprotokolls
Stadt Zwenkau
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 18 nein: 3 Enthaltungen: 1
- 21) Anregung Nummer 40.1 des Abwägungsprotokolls
Landesamt für Geobasisinformation Sachsen
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 19 nein: 3 Enthaltungen: 0
- 22) Anregungen Nummer 41.1 bis 41.6 des Abwägungsprotokolls
Die Autobahn GmbH des Bundes
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 23) Anregungen Nummer 42.1 bis 42.20 des Abwägungsprotokolls
Landesverein Sächsischer Heimatschutzverein e.V. (mit Stellungnahme des
Ökolöwe Umweltbund Leipzig e.V.)
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 13 nein: 6 Enthaltungen: 3

- 24) Anregungen Nummer 49.1 und 49.6 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 2
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 18 nein: 3 Enthaltungen: 1
- 25) Anregungen Nummer 50.1 und 50.2 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 3
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 15 nein: 6 Enthaltungen: 1
- 26) Anregungen Nummer 52.1 und 52.2 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 5
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 15 nein: 6 Enthaltungen: 1
- 27) Anregungen Nummer 54.1 und 54.15 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 7
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 1
- 28) Anregung Nummer 56.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 9
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 16 nein: 6 Enthaltungen: 0
- 29) Anregungen Nummer 57.1 bis 57.3 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 10
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 20 nein: 2 Enthaltungen: 0
- 30) Anregung Nummer 59.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 12
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 21 nein: 1 Enthaltungen: 0
- 31) Anregung Nummer 60.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 13
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 13 nein: 7 Enthaltungen: 2
- 32) Anregungen Nummer 61.1 bis 61.5 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 14
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 16 nein: 4 Enthaltungen: 2
- 33) Anregung Nummer 62.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 15
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 20 nein: 2 Enthaltungen: 0

- 34) Anregungen Nummer 63.1 bis 63.3 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 16
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 13 nein: 8 Enthaltungen: 1
- 35) Anregungen Nummer 64.1 und 64.2 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 17
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 13 nein: 8 Enthaltungen: 1
- 36) Anregung Nummer 65.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 18
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 13 nein: 7 Enthaltungen: 2
- 37) Anregung Nummer 66.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 19
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 12 nein: 6 Enthaltungen: 4
- 38) Anregungen Nummer 68.1 bis 68.6 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 21
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 8 Enthaltungen: 0
- 39) Anregungen Nummer 69.1 und 69.2 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 22
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 1
- 40) Anregungen Nummer 70.1 bis 70.24 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 23
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 8 Enthaltungen: 0
- 41) Anregungen Nummer 71.1 bis 71.8 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 24
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 6 Enthaltungen: 2
- 42) Anregungen Nummer 73.1 bis 73.4 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 26
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 1
- 43) Anregungen Nummer 75.1 bis 75.4 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 28
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 13 nein: 6 Enthaltungen: 3

- 44) Anregungen Nummer 76.1 und 76.2 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 29
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 15 nein: 7 Enthaltungen: 0
- 45) Anregungen Nummer 77.1 bis 77.5 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 30
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 1
- 46) Anregung Nummer 78.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 31
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 16 nein: 6 Enthaltungen: 0
- 47) Anregung Nummer 79.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 32
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 8 Enthaltungen: 0
- 48) Anregung Nummer 80.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 33
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 5 Enthaltungen: 3
- 49) Anregung Nummer 81.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 34
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 6 Enthaltungen: 2
- 50) Anregungen Nummer 82.1 bis 82.6 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 35
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 13 nein: 6 Enthaltungen: 3
- 51) Anregungen Nummer 83.1 bis 83.54 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 36
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 15 nein: 6 Enthaltungen: 1
- 52) Anregungen Nummer 84.1 bis 84.21 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 37
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 15 nein: 7 Enthaltungen: 0
- 53) Anregungen Nummer 85.1 bis 85.11 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 38
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 20 nein: 2 Enthaltungen: 0

- 54) Anregungen Nummer 86.1 bis 86.4 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 39
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 6 Enthaltungen: 2
- 55) Anregung Nummer 87.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 40
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 1
- 56) Anregungen Nummer 88.1 bis 88.5 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 41
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 8 Enthaltungen: 0
- 57) Anregungen Nummer 89.1 bis 89.17 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 42
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 1
- 58) Anregungen Nummer 91.1 bis 91.21 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 44
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 15 nein: 7 Enthaltungen: 0
- 59) Anregungen Nummer 92.1 bis 92.14 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 45
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 16 nein: 6 Enthaltungen: 0
- 60) Anregungen Nummer 93.1 bis 93.9 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 46
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 16 nein: 6 Enthaltungen: 0
- 61) Anregungen Nummer 94.1 bis 94.43 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 47
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 1
- 62) Anregungen Nummer 95.1 bis 95.63 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 48
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 0
- 63) Anregungen Nummer 96.1 bis 96.26 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 49
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 0

- 64) Anregungen Nummer 97.1 bis 97.13 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 50
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 20 nein: 2 Enthaltungen: 0
- 65) Anregungen Nummer 98.1 bis 98.4 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 51
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 15 nein: 6 Enthaltungen: 1
- 66) Anregung Nummer 99.1 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 52
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 8 Enthaltungen: 0
- 67) Anregungen Nummer 100.1 bis 100.3 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 53
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 1
- 68) Anregungen Nummer 101.1 und 101.2 des Abwägungsprotokolls
Öffentlichkeit 54
- dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt -
Beratungsergebnis: ja: 14 nein: 7 Enthaltungen: 1

Der Beschluss erfolgt auf der gesetzlichen Grundlage von §§ 4 und 28 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. § 3 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Markkleeberg vom 29. November 2023.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 7
Enthaltung: 0

**7. Beteiligungsrichtlinie der Stadt Markkleeberg
Vorlage: 035/2025**

Herr Schütze erläutert die Beschlussvorlage.

Wortmeldungen:

Es gibt keine Anmerkungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Beteiligungsrichtlinie als Arbeitsgrundlage für das Beteiligungsmanagement der Stadt Markkleeberg.

Der Beschluss erfolgt auf der gesetzlichen Grundlage von § 28 i. V. m. § 99 (1) der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. § 3 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Markkleeberg vom 29. November 2023.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

**8. Bildung des Seniorenbeirates
Vorlage: 025/2025**

Herr Schütze erläutert die Beschlussvorlage, dankt den Stadträten Herrn Mallast und Herrn Leipzig für ihr Engagement und weist darauf hin, dass laut Hauptsatzung der Stadt Markkleeberg die Beiräte aus nicht mehr als 14 Mitgliedern bestehen dürfen. Für den Seniorenbeirat bedeute das, falls Interesse bestehe, stehe nun noch ein Platz zur Verfügung.

Wortmeldungen:

Es gibt keine Anmerkungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Bildung des Seniorenbeirates der Stadt Markkleeberg wie folgt:

1	Boos, Andreas
2	Elsner, Barbara
3	Fiedler, Gudrun
4	Kaschny, Margit
5	Krieger, Heidemarie
6	Leipzig, Rainer (Stadtrat)
7	Mallast, Detlef (Stadtrat)
8	Pählke, Sylvia
9	Rohland, Christine
10	Schmorde, Traute
11	Schocher, Irene
12	Steinert, Rita
13	Wolf, Peter

Mit diesem Beschluss werden die Beschlüsse Nr. 16 – 03/2024 vom 16.10.2024 und 36 – 04/2024 vom 13.11.2024 ersetzt.

Der Beschluss erfolgt auf der gesetzlichen Grundlage von § 28 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. § 16 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Markkleeberg vom 29. November 2023.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

**9. Bildung des Beirates Barrierefreiheit
Vorlage: 026/2025**

Herr Schütze erläutert die Beschlussvorlage, dankt den Stadträten Herrn Diekmann, Herrn Heimann und Herrn Müller für ihr Engagement und weist darauf hin, dass in diesem Beirat noch drei Plätze frei seien.

Wortmeldungen:

Es gibt keine Anmerkungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Neubildung des Beirates Barrierefreiheit der Stadt Markkleeberg wie folgt:

1	Chemnitzer, Corinna
2	Diekmann, Thomas (Stadtrat)
3	Heimann, Uwe (Stadtrat)
4	Helmrich, Heike
5	Hönig, Tobias
6	Jehmlich, Christoph
7	Kluge, Birgit
8	Leihe, Alf
9	Lübcke, Kathrin
10	Müller, Rolf (Stadtrat)
11	Weiß, Constanze

Damit wird der Beschluss Nr. 07 – 01/2024 vom 21. August 2024 ersetzt.

Der Beschluss erfolgt auf der gesetzlichen Grundlage von § 28 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. § 16 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Markkleeberg vom 29. November 2023.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

10. Fragezeit der Stadträte nach § 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung

Frau Stadträtin Stachura fragt zur Schleuse zwischen dem Störmthaler und Markkleeberger See, ob es Szenarien gebe, wie im Fall einer Überflutung reagiert werden müsse. Sie möchte wissen, ob es einen Notfallplan und Evakuierungsvorbereitungen gebe. Herr Schütze bestätigt dies und erklärt, im Jahr 2021 wurde der Notfallplan erstellt und das Szenario durchgespielt. Zu dieser Zeit mussten die ersten Gefahrenabwehrmaßnahmen erfolgen. Beide Seen waren für eine öffentliche Nutzung komplett gesperrt. Es wurde simuliert, was passieren würde, wenn der Störmthaler in den Markkleeberger See durchbricht. Es habe eine Flutwelle zur Folge, die im Kern Markkleeberg Ost betreffen würde. Die Wassermassen würden sich bis zum Gelände des agra-Messepark-Geländes erstrecken. Es wurde mit unterschiedlichen Wasserhöhen simuliert. Es werde keine Vorwarnzeit geben und ein solches Ereignis werde schlagartig passieren. Es wurden entsprechende Informationsblätter in den Hausbriefkästen verteilt. Die Bürger wurden über die Sirensignale im Notfall informiert. Außerdem gebe es ein sehr enges Monitoring mit verschiedenen Messstellen. Es sei im Moment keine akute Gefahr einzuschätzen. Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) nutze ein Ampelsystem und diese Ampel stand bis vor kurzem auf grün. Im Moment sei sie auf gelb, d. h., es müssen Maßnahmen erfolgen.

Herr Stadtrat Diekmann bezieht sich auf das Thema Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und den Wegfall einer S-Bahnlinie und möchte wissen, was getan werden könne bzw. müsse. Herr Schütze erklärt, es sei hilfreich, wenn aus den Reihen der Bürgerschaft bzw. Vereinen entsprechende Unmutsbekundungen in Form von Briefen an den ZVNL oder Landkreis gehen, in denen deutlich gemacht werde, dass man nicht damit einverstanden sei. Konkrete Folgen sollten aufgezeichnet werden. Es müssen Argumente gesammelt werden und online-Petitionen bzw. Mails an den ZVNL gesendet werden.

Herr Stadtrat Diekmann fragt, ob der Stadtrat etwas unternehmen könne. Herr Schütze merkt an, es handele sich dann um einen politischen Allgemeinbeschluss, der rechtlich keine Bindung habe. Es könne als Stadt eine Willensbekundung abgegeben werden. Er möchte die Antworten auf die an den ZVNL gestellten Fragen abwarten. Herr Schütze betont, die Verwaltung möchte eine fachliche Stellungnahme abgeben.

Herr Stadtrat Diekmann bittet um die Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht der Stadträte für die Sitzung des Ausschusses für strategische Stadtentwicklung und Wirtschaft vom Februar und Mai 2025. Herr Schütze teilt mit, dass die Vortragenden gefragt werden müssen, ob die Präsentation an die Stadträte verschickt werden könne. Wenn der Ersteller seine Erlaubnis erteilt, die Präsentation öffentlich machen zu dürfen, werde diese an die Stadträte versandt.

Herr Stadtrat Dr. Winne fragt, wer nach dem Ausbau der Glasfaserinfrastruktur die Pflasterung der Gehwege abnehme. Die Friedrich-Ebert-Straße sehe an einigen Stellen nicht zufriedenstellend aus. Herr Schütze erklärt, die Wege werden durch die Stadt Markkleeberg abgenommen. Herr Schneider nehme den Hinweis auf.

Herr Stadtrat Mallast informiert, eine Schülerin habe ihm bei seinem Eintritt in den Stadtrat mit auf den Weg gegeben, dass ein Streetball-Platz gebaut werde und dafür Sorge getragen werden könne, beim bereits bestehenden Streetball-Platz für schlechtes Wetter oder auch für Sonnenschein eine überdachte Sitzgruppe zu errichten. Er habe es im Oktober 2024 selbst eingebracht. Er würde sich freuen, wenn in der nächsten Zeit ein positiver Bescheid ergehe. Der Stadt liege vor, für 1.170,00 Euro die Möglichkeit eine Sitzgruppe zu stellen. Von der Stadtverwaltung wurde ihm die Prüfung gesagt, ob Platz für diese 2x3Meter-Gruppe vorhanden sei. Herr Schütze erklärt, Herr Stadtrat Mallast habe die Zusage erhalten, dass die Verortung konkret geprüft werde. Es müssen verschiedene Faktoren, wie z. Bsp. Standort Trafohäuschen oder Zufahrtsstraße überprüft werden. Er bekomme zeitnah eine Antwort.

Herr Stadtrat Marx ergänzt zu den Pflasterarbeiten, im Ring zwischen Lidl und Rathausstraße seien etliche Platten zerbrochen und es wurde schlecht gesandet.

Herr Stadtrat Marx merkt zum Wegfall der S-Bahn an, die Taktung, die sich daraus ergebe, sei für Gaschwitz eine andere als für Markkleeberg. Er fragt, wann mit konkreten Zahlen bzw. Zeiten zu rechnen sei. Herr Schütze erklärt, es sei davon abhängig, wann vom ZVNL die neuen Fahrpläne kommuniziert werden. Er gehe davon aus, dass diese frühestens im September 2025 bekannt gegeben werden.

Herr Schütze beendet den öffentlichen Teil und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.


Jana Remer
Protokollführerin


Susann Zöttsche
Protokollführerin


Karsten Schütze
Vorsitzender


Oliver Fritzsche
Fraktion CDU/FDP


Thomas Marx
Fraktion DIE LINKE